



Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.  
Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.  
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.  
Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V.  
Bundesverband deutscher Banken e.V.  
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.  
Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.  
Handelsverband Deutschland - HDE e.V.

Berlin, den 19. November 2013

Die Spitzenorganisationen der deutschen gewerblichen Wirtschaft appellieren an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Finanzen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen:

**"Auch verdeckte Steuererhöhungen schaden der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft!"**

Vorschläge für eine verschärfte Unternehmensbesteuerung, die aus den Koalitionsverhandlungen nach außen gedrungen sind, erfüllen die deutsche Wirtschaft mit großer Sorge. Jegliche Steuererhöhungen – auch verdeckte – sind ein Frontalangriff auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Dies gilt insbesondere für Vorschläge zulasten der Unternehmen unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Subventionsabbaus, zur "Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit", wie beispielsweise Verschärfungen der Nichtabziehbarkeit betrieblicher Finanzierungsaufwendungen (sog. Zinsschranke), der Hinzurechnung von Mieten und Pachten im Gewerbesteuerrecht oder Einschränkungen bei der Verlustberücksichtigung. Das Steuersystem wird dadurch nicht "gerechter", allein der Standort Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit.

Das Gegenteil wäre notwendig: Zur Stärkung von Investitionen und Innovationen und damit von Wachstum und Beschäftigung müssen Zusatzbelastungen vermieden, das Unternehmenssteuerrecht international wettbewerbsfähiger sowie Eigenkapital und Liquidität erhöht werden.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass eine wachsende Wirtschaft zu wachsenden Steuereinnahmen führt. Diesen Wachstumspfad gilt es fortzuführen. Er darf nicht durch höhere Steuerbelastungen für Unternehmen gefährdet werden.